

SPIEGEL-Serie über Wende und Ende des SED-Staates (12)
Die Woche vom 9. 12. 1989 bis zum 17. 12. 1989

»Nie wieder SED!«

Die DDR-Staatspartei häutet sich, die Geheimpolizei Nazi wird aufgelöst. Alte Spitzel dienen sich dem Klassenfeind an und machen mit Bonner Hilfe in neuen Parteien Karriere – bis Dunkelmänner sie mit anonymen Briefen hochgehen lassen.



Reformkommunist Gysi (M.) auf dem SED-Sonderparteitag in Ost-Berlin

JURGENS OST/ EUROPA PHOTO

CHRONIK



»Sein/Nichtsein der DDR«

Sonnabend, 9. Dezember 1989
Ost-Berlin

Wie sehr sich die Verhältnisse binnen weniger Wochen geändert haben, erfährt der kurzfristig mächtigste Mann der DDR auf dem Sonderparteitag der SED in der Dynamo-Sporthalle in Hohenschönhausen.

Als Ex-Generalsekretär Egon Krenz, 52, während der laufenden Debatte an seinem Sitzplatz ein Fernseh-Interview gewährt, wird er schroff zurechtgewiesen. An einem der zahlreichen Saalmikrofone rügt ein von Beifall umrauschter Diskutant, Krenz möge solche Extratouren gefälligst lassen – es gebe „Grund genug, uns zuzuhören“.

Die ehemals bis zur Unkenntlichkeit angepassten Freunde degradieren den verschämt lächelnden Erbfolger Erich Honeckers zur geduldeten Randfigur. Umso entschiedener suchen sie ihr Heil in der Flucht nach vorn.

Seit Freitagabend, 19 Uhr, ringen mehr als 2700 ausgewählte Amts- und Mandatsträger der SED um das politische Überleben der Partei – 17 quälende Stunden lang.

Passé die üblicherweise im Palast der Republik vorgeführten selbstgefälligen Rituale einer in 43 Jahren erstarrten Massenorganisation. Weil per Verfassungsänderung ihr absoluter Machtanspruch gebrochen ist, hat sich die SED sittsam in eine schmucklose Sportarena zurückgezogen.

Statt in dick gepolsterten Sesseln tagen die Abgesandten der einstigen Partei der Diktatur des Proletariats auf harten Klappstühlen – geeignete Plätze, um sie „zum geraden Rückgrat zu zwingen“, höhnt am Tag darauf das plötzlich mutig gewordene FDJ-Organ „Junge Welt“.

Den annähernd 1000 Journalisten treten die Delegierten mit einer Transparenz und Bereitwilligkeit gegenüber, die fast schon an die bundesdeutschen Grünen erinnert.

Die SED hat auch allen Anlass dazu. In wenigen Monaten sind ihr rund eine halbe Million Mitglieder abhanden gekommen, und der Schwund beschleunigt sich. Aus den Städten des so genannten Territoriums melden die Vertreter der Grundorganisationen „panikartige Absetzbewegungen“.

Die Basis verkrümelt sich, aber noch niederschmetternder stellt sich die Lage in den über Jahrzehnte zur Festung errichteten oberen und höchsten Etagen dar. Unmittelbar vor Beginn des ersten außerordentlichen Konvents in der Geschichte der Einheitssozialisten haben die Ermittlungsbehörden außer Honecker alle schwer belasteten Granden des ehemaligen Politbüros verhaftet – von Erich Mielke bis Willi Stoph. Im kalten Licht der Halle schlägt sich das Erschrecken über so viel Chaos in einem dramatischen Redemarathon nieder.

Ein Sprecher der Kreisorganisation Gaskombinat „Schwarze Pumpe“ setzt das

Anti-SED-Parolen in Ost-Berlin: „Tragische Arbeiter&Bauern-Initiative“ – abgekürzt TRABI

ACTION PRESS



Kürzel SED mit „Sauwirtschaft, Egoismus, Diebstahl“ gleich. Das Fiasko der einst herrlichen Staatspartei scheint zeitweise die Gefahr des Untergangs heraufzubeschwören.

Dass die SED geneigt sein könnte, sich zumindest zu spalten, fürchtet in Sonderheit die neue und noch nicht bestätigte Führung. Die Riege gruppiert sich als „Arbeitsausschuss“ um Ministerpräsident Hans Modrow, Dresdens Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer und einen bis vor kurzem unbekannten Anwalt namens Gregor Gysi (siehe Porträt Seite 170).

Die Reformer stemmen sich von der ersten Minute an gegen die denkbare Selbstauflösung – vor allem aus Angst, das stattliche Parteivermögen an irgendwelche Nachfolge-Splitterorganisationen zu ver-

deren Namen geben dürfen, aber die ebenfalls zur Diskussion stehende Neugründung wird von ihnen vehement als „die nackte Katastrophe“ beschrieben.

Denn immerhin existiert ja noch das sozialistische Lager. Welche Folgen ein Suizid der SED für den schon schwer ins Trudeln geratenen Perestroika-Papst Michail Gorbatschow nach sich ziehen müsste, malt Duzfreund Modrow in den düstersten Farben.

Unter Ausschluss der Medien bringt er den Seinen nahe, der bedrückte Generalsekretär warne dringend vor unbedachten Handlungen. Spätestens nach Modrows Geheimrede, die der nächtens mit dem Schlaf kämpfenden Partei eine Art Adrenalinstoß versetzt, kippt im Saal die Stimmung.

folgerin umbenannt werden – in SED/PDS, Partei des Demokratischen Sozialismus.

Witzbolde haben ganz andere Namen vorgeschlagen: SOS wie „Sozialismus ohne Stasi“, POP für „Partei ohne Perspektive“ und TRABI für „Tragische Arbeiter&Bauern-Initiative“.

Viele Bürger sind skeptisch, ob sich die Partei wirklich geläutert hat. Forderungen wie „SED-Mafia an den Pranger“ beherrschen schon seit Wochen die Demonstrationen. Nun macht ein neuer Spruch die Runde: „Eine Schlange häutet sich, aber Schlange bleibt sie doch.“

Der Argwohn ist von Dauer: Ein Vierteljahr später, bei den ersten freien Wahlen in der DDR, wird die einstige Staatspartei statt der üblichen 99 Prozent gerade ein knappes Sechstel der Stimmen erringen.



ACTION PRESS



Übermüdete SED-Delegierte, Parteitagsredner Modrow in Ost-Berlin: „Sauwirtschaft, Egoismus, Diebstahl“ – abgekürzt SED

lieren. So müssen die neuen Strategien einen politischen Spagat vollbringen: Die SED muss sich gleichsam neu gründen, ohne dass parteirechtlich eine Stunde Null eintritt.

Um dem verbreiteten Bedürfnis nach tief greifender Läuterung gerecht zu werden, inszeniert der erstaunlich gut aufeinander abgestimmte Braintrust das Vexierspiel von der großen Wende. Während der – später zum Vorsitzenden gewählte – Jurist Gysi „einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen Sozialismus“ verheißt, appelliert der Regierungschef an die „kollektive Psyche“.

„Lasst uns diese Partei nicht zerbrechen, sondern macht sie sauber und stark!“, beschwört er für die Mobilisierung der Gefühle zuständige Modrow die hoch labilen Versammelten. Und er nennt auch den eigentlichen Grund für seinen Appell: Ohne die SED und ihre DDR-Identität stiftende Kraft könne der zweite deutsche Staat „keinen Bestand“ haben.

Mag das Fußvolk seine Wunden lecken und die gefallen Götter mit immer heftigeren Vorwürfen überhäufen – die selbst ernannten Hoffnungsträger halten stur an ihrer Linie fest. Die erschütterten Einheitssozialisten sollen sich zwar einen an-

Den überfälligen Selbstreinigungsprozess notfalls bis zum Äußersten zu treiben, hält nun nur noch ein kleiner Kreis für unerlässlich. Im Morgengrauen kommt es zu den gewohnten glatten Ergebnissen.

Die auf Disziplin getrimmte alte Kaderpartei – die von hunderten die Ränge bevölkernden Militärs der Nationalen Volksarmee beobachtet wird – hat sich wieder im Griff: Mehr als 96 Prozent votieren gegen die Auflösung; der neue und an Stelle der abgeschafften Führungshierarchien gekürzte Vorsitzende Gysi freut sich über eine ähnliche Wertschätzung.

Am frühen Nachmittag wissen die übermüdeten Delegierten kaum mehr zu sagen, was sie wirklich erreicht haben. Die lauthals angekündigte Metamorphose – die sich einstweilen in den noch nicht verabschiedeten Initialen SED/PDS zu erkennen geben soll – erschöpft sich in Wahrheit in einem ziemlich fragwürdigen Kompromiss.

Gesiegt hat zunächst einmal vor allem der Machterhaltungsreflex. Schließlich stehen die Nachfolger Honeckers und Mielkes in einer sich abzeichnenden pluralistischen Parteienlandschaft vor den ersten freien Wahlen.

Am kommenden Sonabend soll der Parteitag fortgesetzt und die SED-Nach-

Montag, 11. Dezember 1989 West-Berlin

Schneeregen klatscht auf den dunkelblauen Volvo des Sowjetbotschafters Wjatscheslaw Kotschemassow, der sich kurz nach 11 Uhr dem Geisterhaus im Schöneberger Kleistpark nähert.

In dem gespenstischen Gebäude aus dem Jahre 1913 – einst Sitz des Berliner Kammergerichts, später des berühmten Volksgerichtshofs der Nazis – stehen seit Jahrzehnten 520 von 550 Räumen leer: Wo sich am 30. Juli 1945 der Alliierte Kontrollrat konstituierte, führen Spinnen und Mäuse das Regiment, seit sich die Russen und die Westalliierten im Kalten Krieg zerstritten haben.

Jetzt zieht plötzlich wieder Leben in das Gemäuer ein.

Zum ersten Mal seit 18 Jahren konferieren der Sowjetbotschafter und dessen drei Westkollegen wieder in dem historischen Saal – auf Anregung von Michail Gorbatschow, der sich mit François Mitterrand abgesprochen hat.

Der Punkt, der offiziell auf die Tagesordnung gesetzt wurde, dient als Vorwand: ein Plan des früheren amerikanischen Prä-

sidenten Ronald Reagan aus dem Jahre 1987, der den Ausbau Berlins zum internationalen Luftkreuz vorsieht. In Wahrheit geht es den Alliierten in der 150-Minuten-Konferenz darum, ein Signal zu setzen: Die Vorbehaltsrechte der Siegermächte bestehen nach wie vor; die Wiedervereinigung, die Kohl mit seinem Zehn-Punkte-Plan auf die Agenda der Weltpolitik gerückt hat, ist nicht allein Sache der Deutschen.

Die Vier erschreckt vor allem das Tempo des Umbruchs. Mit Bangen beobachten sie seit Wochen, wie fix die 60 und die 16 Millionen schon unterhalb der Wiedervereinigungsschwelle zusammenfinden.

Bonnens Verbündete sind jahrzehntelang verbal für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen eingetreten. Nun, da die Einheit plötzlich denkbar geworden ist, warnen sie vor einer „Destabilisierung“ Europas. Tatsächlich ist der Westen eher besorgt vor der wirtschaftlichen und politischen Kraft eines ungeteilten Deutschland (siehe Analyse Seite 174).

Michail Gorbatschow wiederum fürchtet vor allem, dass deutsche Querelen seine innenpolitische Position schwächen könnten. Erst am Wochenende hat er vor dem Moskauer ZK an Bonn appelliert, die Nachkriegsrealitäten zu respektieren – samt der Existenz zweier deutscher Staaten.

Kohl entschließt sich, den Kremlchef mit einem persönlichen Brief zu besänftigen.

Destabilisiert worden sei die Lage in der DDR nicht durch Bonn, schreibt er, sondern durch die Reformverweigerer



Botschaftertreffen*: Signale aus dem Geisterhaus

in Ost-Berlin. Er bitte darum, „doch nicht Ursache und Wirkung zu verwechseln“.

In versöhnlichem Ton erinnert der Kanzler den Kremlherrscher an ein abendliches Zwiesgespräch, das die beiden im Juni in einem Park über dem Rhein geführt haben. Mit Blick auf den dahinziehenden Strom hatte der Staatsgast beziehungsvoll angemerkt, jeder Fluss bahne sich seinen Weg zum Meer.

In seinem Brief variiert Kohl das Rheinthema:

Wenn bekannt ist, dass ein Fluss nach Gewitterstürmen anschwellen und über die Ufer treten kann, so ist es ein Gebot der Klugheit, aus soliden Baumstämmen Dämme zu bauen, Hindernisse aus dem Flussbett selbst zu beseitigen und seiner ungestümen Kraft eine Richtung zu weisen. Eines kann man mit diesen Maßnahmen allerdings nicht erreichen:

die Wassermenge verringern und die Flusssgeschwindigkeit verlangsamen. Jeder Versuch, dies zu tun, würde erst recht die Dämme zum Brechen bringen.

Kohl schließt mit dem Wunsch, „unseren Gedankenaustausch in naher Zukunft persönlich“ fortzusetzen. Informiert über die katastrophale Wirtschaftslage in der Sowjetunion, lockt der Kanzler mit einem dicken Köder: „Wir sollten dabei insbesondere auch den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern erörtern.“

Die Deutsche Mark soll's richten.

Leipzig

Wann immer der Bremer Linke Joachim Schwarz in diesen Wendewochen mit Genossen abends beim Wein zusammensitzt, flüchtet sich die Runde „in Visionen eines ökosozialistischen Alternativprojektes ‚DDR‘“.

Um die Ost-Linke auf ihrem „dritten Weg“ in eine souveräne rot-grüne Republik zu unterstützen, organisieren die West-Linken „technologische Hilfe“. Die Bremer haben Geld für einen Fotokopierer zusammengebettelt, den sie den Leipziger Revolutionären überbringen wollen.

Doch als die Wessis in der Heldenstadt eintreffen und sich auf dem eisig-zugigen Karl-Marx-Platz zwischen die Montagsdemonstranten mischen, ergreift sie Abscheu:

So haben sie sich die Revolution nicht vorgestellt.

Es geht zu wie auf einer Kundgebung der Rechten. „Nie wieder SED!“, „Lieber Kohl als nichts zu essen“, fordern Transparente. Wer gegen die Wiedervereinigung ist, wird von „Deutschland, Deutschland“-Chören niedergeschrien.

„Vorn im Lichtkegel der Fernsehkameras flattert das Schwarz-Rot-Gold über den Leuten“, schreiben die Bremer in einem Reisebericht für die „taz“: „Uns ist beklommen. Die Menge johlt und brüllt. Wer will sich mit denen anlegen?“

Da entdecken die Wessis einen Block mit linken Parolen: „Kein 4. Reich“, „Deutschland

Gorbatschow, Kohl am Rhein*
„Dämme bauen“



* Oben: Vernon A. Walters (USA), Sir Christopher Mallaby (Großbritannien), Wjatscheslaw Kotschemassow (Sowjetunion) und Serge Boidevaix (Frankreich) am 11. Dezember vor dem Gebäude des Alliierten Kontrollrats; unten: am 12. Juni 1989 in Bonn.

unheilbar“. Sie reihen sich ein und laufen mit – bis sie erfahren, wer da eigentlich demonstriert:

Es sind Studenten der Karl-Marx-Universität. Andere Demonstranten bleiben zurück, rufen: „Abstand halten!“, „Rote raus aus der Demo!“ Wir wechseln den Block ... „Die DDR ist ein Schrotthaufen“, sagt man uns: „Die Saubande muss weg.“ Und: „Wiedervereinigung – sonst bleiben wir die Versuchskaninchen.“ Wir fragen, was sie gegen die anderen Demonstranten haben: „Stasi-Kinder.“

Mit den SED-Junioren wollen die rot-grünen Bremer erst recht nichts zu tun haben. Sie gehen in sich und beschließen, ihren „Abscheu vor den Schwarz-Rot-Gold-Fahnigen wegzudrücken“.

Für viele Ostdeutsche, begreifen sie, signalisiert das Schwenken der West-Flagge



Anti-Einheit-Parolen in Leipzig
„Rote raus aus der Demo“

in diesen Tagen nicht „nationale Aufwallungen“ und „dumpfes Hochgefühl“. Die Leipziger Arbeiter, darunter viele SPD-Sympathisanten, sehen in der Fahne vielmehr „zuallererst ein Symbol der Freiheit, mehr noch ein Symbol gegen die Unterdrückung, die Misswirtschaft, die Korruption und die Arroganz der Macht“.

Die Bremer Gäste fassen den Vorsatz, politischen Vorurteilen fortan zu misstrauen. Ihre frisch gewonnenen Einsichten begießen sie im Traditionsgewölbe von „Auerbachs Keller“.

Dienstag, 12. Dezember 1989

Bonn

Als im Herbst die ersten Trabis in der Bundesrepublik auftauchten, wurden die „Rennpappen“ aus der DDR von Westdeutschen noch gestreichelt, getätschelt, mit Sekt begossen – als Vorboten der Einheit.

Nun ist das Hochgefühl dahin, Zeitungen berichten über „Trabi-Anschläge“. Unbekannte Täter haben in Hamburg, Hannover und West-Berlin die leicht brennbaren



Anti-Übersiedler-Graffiti in Hamburg: „Fettleibigkeit und Dauerwelle“

ren Untersätze zu nächtlicher Stunde einfach abgepackelt.

Im Westen wächst Unmut – nicht nur über die Touristen aus der DDR, die überall die Parkplätze verstopfen und zu Millionen an die Besuchergeldkassen strömen, sondern vor allem über den anhaltenden Zuzug aus dem Osten.

Schon jetzt leben über eine Viertelmillion Aus- und Übersiedler in Notunterkünften und Übergangsquartieren. Einige Städte planen, sogar Badewannen in Notbetten umzuwandeln. Doch trotz der beginnenden Liberalisierung in der DDR ziehen weiterhin Ostdeutsche in den goldenen Westen um – Wirtschaftsflüchtlinge, wie Bundesdeutsche mäkeln.

Den Neuankömmlingen, die mit den Einheimischen um Jobs und Wohnraum konkurrieren, schlägt zunehmend Misstrauen entgegen, vor allem von Linken und Linksradikalen.

Das Hamburger Monatsblatt „Konkret“ höhnt über die angebliche „Erhebung des Wunschs nach schicken Pullis in den Rang eines Menschenrechts“. Die linksalternative „Tageszeitung“ feiert die Mauer („Berlins nützlichstes Bauwerk“) als Schutzwall gegen „naturtrübe, säuerlich sächselnde DDRler“ und macht an den Flüchtlingen süffisant die „Foltermerkmale der ostdeutschen Diktatur“ aus: „Fettleibigkeit und Dauerwelle.“

An Hamburger Hauswände sprühen Unbekannte: „Lohndrücker Nein Danke.“ Sogar der pensionierte Berliner Pfarrer und einstige SPD-Bürgermeister Heinrich Albrecht beargwöhnt die Übersiedler: „Das sind dieselben angepassten Aufsteiger, die wir hier schon zu tausenden haben.“

In Saarbrücken greift Ministerpräsident Oskar Lafontaine den Unmut auf. Der So-



Ausgebrannter Trabi in Hannover „Wunsch nach schicken Pullis“



Sozialdemokrat Lafontaine „Zuzugsstopp für Ostdeutsche“

zialdemokrat, der 1990 Kanzlerkandidat seiner Partei werden will, bringt einen „Zuzugsstopp“ für Ostdeutsche ins Gespräch und fordert seit Tagen, Sonderleistungen an Zuwanderer zu streichen, die „nur vor dem Fall des Eisernen Vorhangs berechtigt gewesen“ seien. Im Übrigen gebe es gute Gründe, Rentnern aus der DDR im Westen keine Altersversorgung mehr zu zahlen.

In Bonn meldet der Freidemokrat Hans-Dietrich Genscher, aufgewachsen in Sachsen-Anhalt, Widerspruch an. „Weder eine

getrennte Staatsbürgerschaft noch juristische Hindernisse werden meine Zustimmung finden.“ In Hamburg protestiert Lafontaines Genosse Henning Voscherau gegen die Gedankenspiele des Linkspopulisten von der Saar: „Wir können doch nicht eine westliche Paragrafenmauer an Stelle der östlichen Betonmauer setzen. Wer das androht, bewirkt Übersiedler, jetzt.“

Um den Saarbrücker Rentenstopp-Vorschlag wird es rasch wieder still.

Fachleute finden heraus, dass dadurch auch Rentner aus Lafontaines Saarland betroffen wären, das erst im Jahre 1957 in die Bundesrepublik eingegliedert worden ist.

Mittwoch, 13. Dezember 1989 Ost-Berlin

Was ist Revolution? Ole vom Gymnasium zum Grauen Kloster in Ost-Berlin weiß es: „Früher musstest salutieren und schreien: „Klasse 5 meldet sich zum Unterricht!“ Heute sagen wir nur noch: ‚n Morjn.“

Wer nicht mehr salutieren mag, geht demonstrieren. Nachmittags ziehen tausend regennasse Schülerinnen und Schüler mit Tröten und Trillerpfeifen die ehemalige Stinallee hinunter zum „Haus des Lehrers“, um gegen das realsozialistisch deformierte Schulwesen zu protestieren. Die Revolution hat die Kinder erreicht.

„Kinder sind die am meisten unterdrückte Bevölkerungsschicht in der DDR“, ruft Christoph, 8. Klasse. Eine blond gelockte 13-Jährige nennt den Tyrannen beim Namen: „Margot Honecker“, Schulministerin bis vor fünf Wochen, „muss vor uns Rechenschaft ablegen!“ Eine Reform der Prüfungsordnung sei überfällig: „Da frajn Se ein, wann Lenin jeborn is – wat solln ditte?“

Um nicht länger die Verdurmmten dieser Erde zu sein, fordern die Schüler mehr und frühere Spezialisierung im Unterricht. „Wir sind keine dressurfähigen Tiere, sondern lernfähige Menschen“, sagt ein Sechstklässler.

Regen nieselt auf selbst verfasste Flugblätter mit Kampfpaparen: Weg mit den alten Liedern, weg mit dem Militärunterricht. Und: „Weg mit der Pionierbluse – die ist doch viel zu eng.“

Donnerstag, 14. Dezember 1989 Ost-Berlin

In seinem Amtszimmer in der Normanenstraße befällt den Geheimdienstchef der versinkenden DDR tiefer Pessimismus.

Generalleutnant Wolfgang Schwanitz ist an seinem Auftrag gescheitert, die Stasi-Hinterlassenschaft zügig zu entsorgen. Durch seine Verzögerungstaktik hat er das Vertrauen von Ministerpräsident Modrow verspielt.

Am Runden Tisch haben selbst die Vertreter der SED der Forderung zuge-

stimmt, das unansehnlich gewordene „Schild und Schwert der Partei“ in die Rumpelkammer der Geschichte zu verbannen. Für die Zukunft seiner Tscheikisten-Armee befürchtet der Generalleutnant das Allerschlimmste.

Der Entwurf seiner Rücktrittserklärung liegt bereits in der Schublade:

Die Empörung ... kann beim geringsten Anlass in offene Gewalthandlungen umschlagen ... Die Verbitterung und Angst der Mitarbeiter des Amtes, dass sie nunmehr faktisch Geächtete in der DDR sind, ist groß. Es besteht die akute Gefahr des Verrats durch einige.

Die westlichen Nachrichtendienste zeigen seit Wochen Interesse an den plötzlich wohlfeilen Geheimnissen der DDR.

„Es liegen Erkenntnisse vor“, meldet an diesem Tag „streng geheim“ das Lagezentrum im Amt für Nationale Sicherheit (AfNS), „dass imperialistische Geheimdienste ... ihre Anstrengungen verstärken, durch Aktivierung ihrer Agenturen in der DDR sowie durch Abschöpfungsgespräche umfangreiche Informationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen ... zu erhalten.“

In einem Brief an Modrow fordert Schwanitz, kompromittierende Stasi-Unterlagen baldmöglichst zu vernichten: Deren Offenlegung könne „zu großen Gefahren ... bis zu Mord und Terror führen“.

Modrow leitet unterdessen eine Ministerratssitzung, in der das Schicksal des Geheimdienstes besiegelt wird: An die Stelle des alten 91 000 Hauptamtliche umfassenden Stasi-Apparats, so beschließt das Kabinett, sollen ein Verfassungsschutz und ein Nachrichtendienst mit immerhin noch 10 000 beziehungsweise 4000 Mitarbeitern treten.

Wohin mit den überzähligen Tscheikisten? Die letzten Wochen haben Schwanitz gezeigt, wie schwierig es ist, Stasi-Personal anderswo unterzubringen. „Stasi in die Produktion“, haben hundertausende von Demonstranten gerufen – nun aber widersetzen sich ganze Belegschaften dem Versuch, die ehemaligen Mielke-Leute in ihren Betrieben zu beschäftigen.

Die Ängste um die berufliche Zukunft setzen in der Bürokratentruppe unternehmerische Phantasie frei.

Schwanitz hat Pläne entwerfen lassen, nach denen Stasi-Gelder, Stasi-Immobilien und Stasi-Fahrzeuge zur „Bildung von Betrieben und Einrichtungen unterschiedlicher Eigentumsformen durch ehemalige Mitarbeiter“ bereitgestellt sind – die Nasi als Existenzgründerin.

Gewaltige Beträge, offenbar auch Operativgelder aus den Stahlschränken der Geheimpolizei, versickern in den folgenden Tagen und Wochen in dunklen Kanälen.



Großmann

Innerhalb kürzester Zeit verschwindet die Kriegskasse von Werner Großmanns Hauptverwaltung Aufklärung (HVA). Deren Inhalt schätzen Ermittler später auf 50 Millionen Mark.

Aus dem HVA-Sektor Wissenschaft und Technik fließen allein in den ersten Januar-Wochen 3,5 Millionen Mark ab – das Andert-halb-fache dessen, was in den vier Jahren zuvor für diesen Bereich insgesamt an Operativgeldern ausgegeben wurde.

Alles in allem, wird der Untersuchungsausschuss „DDR-Vermögen“ des Bundestages im Sommer 1998 feststellen, sind in den Wendewochen in Ost-Berlin gigantische Summen veruntreut worden – zwischen 3 und 10 Milliarden West-Mark.

Freitag, 15. Dezember 1989 Ost-Berlin

Wachablösung in der Geheimdienstzentrale: In seiner Abschiedsrede vor den Spitzenkadern des AfNS lamentiert der scheidende Chef Wolfgang Schwanitz über die „chaotischen Verhältnisse“ im Lande und über den zunehmenden „nationalistischen Charakter“ der Demonstrationen.



Dümlein



Lotze, Albrecht, von Seckendorff-Gudent



Von der DDR aufgenommene RAF-Terroristen
Verstecke und Aliasnamen von der Staatssicherheit

Der Gegner, protokolliert ein Untergebener die Schwanitz-Rede, seien jetzt jene Kräfte, „die WVD fordern“ – gemeint: die Wiedervereinigung Deutschlands. Leider sei die von der Stasi unterwanderte linke Bürgerbewegung „teils schon außer Stande, darauf Einfluss zu behalten“.

Dann erteilt Schwanitz seinem Nachfolger das Wort zur Antrittsrede: Generalmajor Heinz Engelhardt, 45, der jahrelang Stasi-Berzirkschef von Frankfurt (Oder) und einer der zuverlässigsten Tscheikisten war.

Noch vor zwei Tagen ist der angebliche Neuerer Engelhardt von Schwanitz mit einer Desinformationsaufgabe betraut worden. Er soll die Spuren alter Stasi-Aktionen verwischen: Dem Generalmajor obliegt laut Protokoll die „Entkräftung der in den westlichen Medien veröffentlichten Vorwürfe, dass das ehemalige MfS Kräfte der RAF unterstützt hat“.

(Dass die Stasi tatsächlich jahrelang Terroristen der „Rote Armee Fraktion“ Unterschlupf und Unterstützung gewährt hat, wird erst ein halbes Jahr später publik: Binnen einer Woche werden in der DDR Susanne Albrecht, Werner Lotze, Christine Dümlein, Monika Helbing und Ekkehard Freiherr von Seckendorff-Gudent verhaftet, denen die Stasi zu Verstecken und Aliasnamen verholfen hat.)

Den künftigen DDR-Dienst, eröffnet Engelhardt den Spitzenleuten, erwarteten gänzlich neue Aufgaben: Jetzt gehe es um nicht mehr als „um Sein/Nichtsein (der) DDR“.

Als Verbündete im Abwehrkampf gegen die Wiedervereinigung schätzt Engelhardt ebenso wie Vorgänger Schwanitz oppositionelle Gruppierungen wie das Neue Forum und die Vereinigte Linke. Engelhardt laut Protokoll über die Staatsfeinde von gestern: „Finden Unterstützung bei den(en), die auf anderer Seite standen.“ Allerdings dürfe der Dienst nicht die „gleichen Fehler wie vor Wochen“ machen. „Wo heißes Material – versiegeln lassen! Nichts vernichten – kann bis zu Gerichtsverfahren gehen.“

Zu diesem Zeitpunkt sind bereits, im Wesentlichen unter der Verantwortung von Schwanitz, 6000 Meter Akten mit rund 18 Millionen Blatt Dokumenten im Reißwolf gelandet. Vor einer Offenlegung der erhalten gebliebenen Papiere müssen sich nun viele fürchten – nicht nur die fast 100 000 Hauptamtlichen der Mielke-Ära.

Einige der Dokumente taugen womöglich als Waffen in

der kommenden Schlacht um die Wiedervereinigung. In den Händen linientreuer Altkader könnten die Dossiers sich als Druckmittel gegen einstige Stasi-Spitzel eignen, die nun im Begriff sind, auf die Seite der neuen Gegner überzulaufen: der Verfechter der WVD. Solche Politiker gibt es in sämtlichen neuen Parteien. Sie alle bereiten sich mit Bonner Hilfe zurzeit darauf vor, Modrows Partei die erschwandelte 99,9-Prozent-Mehrheit abzujagen – bei den ersten freien Wahlen auf dem Gebiet der DDR seit 57 Jahren.

Sonnabend, 16. Dezember 1989 Leipzig

Jahrzehntelang genoss Wolfgang Schnur die Wertschätzung der Mächtigen in Ost-Berlin. Als „IM Torsten“ und „IMB Dr. Ralf Schirmer“ leistete der Rostocker Anwalt der Stasi bei der Unterwanderung der Opposition wertvolle Dienste.

Seine „Haupteinsatzrichtung ... besteht in der aktiven Bearbeitung negativ-feindlicher Kräfte, unter besonderer Beachtung von Pastor Eppelmann“, hat sein Führungsoffizier „Jo“ Wiegand festgehalten. Schnurs Spezialauftrag seit den achtziger Jahren: „eine Konfrontation Staat – Kirche vorbeugend zu verhindern“.

Noch im Sommer hat der Einflussagent im Auftrag der Stasi-Hauptabteilung XX



DA-Chef Schnur, Gast*
Durchmarsch der Kohl-Freunde

versucht, oppositionelle Pfarrer davon abzuhalten, den Demokratischen Aufbruch (DA) aus der Taufe zu heben. Als das misslang, ließ sich Schnur selbst an die Spitze der Bewegung wählen und versuchte, das Parteivolk davon abzuhalten, die „führende Rolle“ der SED zu attackieren.

In den letzten Tagen aber sind Schnurs lukrative Kontakte zur Geheimdienstzentrale, die sich immer wieder mit Geld und Orden erkenntlich gezeigt hat, plötzlich abgebrochen.

Seit Ende November gelten in der Hauptabteilung XX neue Richtlinien für den Umgang mit hochrangigen IM. Zwar sei ein „unbedingter Erhalt von Quellen“ wichtig, heißt es darin, zugleich müsse aber verhin-

dert werden, dass Agenten-Skandale den Ruf der Regierung Modrow lädieren. Daher:

Im Interesse der umfassenden Sicherheit sollen solche IM zur Ablage gebracht werden ... die auf Grund der funktionellen Tätigkeit im Blickfeld der Öffentlichkeit stehen (z. B. leitende Funktionen in Staat/Gesellschaft/Parteien) ... Es sind alle Aufträge für IM rückgängig zu machen, mit denen politischer Schaden eintreten kann (Kompromittierung des Amtes für Nationale Sicherheit, der Partei, des IM u. a.) ...

Kaum von der Nasi „zur Ablage gebracht“, findet der Ehrgeizling mit dem Faible fürs Verschwörerische einflussreiche neue Freunde: Schnur wird von den Mächtigen der Bonner Republik umschwärmt.

Zum DA-Gründungsparteitag in der „Leipzig Information“, hinter der Fassade eines Pelzgeschäfts, machen CDU-Prominente wie Rita Süsmuth und Norbert Blüm dem Parteichef Schnur ihre Aufwartung. Denn die Union will sich im nahenden Wahljahr nicht allein auf einen Pakt mit der Ost-CDU stützen, die als Blockpartei diskreditiert ist.

Allerdings: Damit die CDU den Demokratischen Aufbruch für ihre Zwecke instrumentalisieren kann, muss der DA seinen rosa-grünen Kurs (Motto: „Sozial und ökologisch“) radikal ändern – und vor allem von der Aussage abrücken: „Wir gehen von der deutschen Zweistaatlichkeit aus.“

Auf das Umdrehen von Basisbewegungen versteht sich Schnur wie kaum ein anderer. Bravourös bringt der Advokat, im nächtlichen Hotel-Gespräch von Blüm ins Vertrauen gezogen, den Parteitag auf Einheitskurs.

In einer Stichwahl setzt sich Schnur gegen eine Vertreterin des linken Flügels um den Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer durch. (Die Schorlemmer-Leute, eher SPD-orientiert, werden knapp drei Wochen später den DA wegen Schnurs „einseitiger Ausrichtung“ auf die CDU verlassen.) Fassungslos urteilt eine Delegierte der einstigen Ökopax-Partei über den Durchmarsch der Kohl-Freunde: „Jetzt ist das eine Bürgerinitiative für die Wiedervereinigung.“

Kein Zweifel: In der Entscheidungsschlacht um Sein und Nichtsein der DDR ist Stasi-Konfident Schnur zum Gegner übergelaufen, offenbar zur Verärgerung seiner alten Kampfgenossen von der unsichtbaren Front.

Anfang Januar jedenfalls wird beim Runden Tisch ein anonymes Brief mit detaillierten Angaben über Schnurs Agententätigkeit eingehen – nach Lage der Dinge eine Information aus Stasi-Kreisen.

Der Runde Tisch, selbst reichlich mit IM-Vergangenheit belastet, behandelt das Schreiben als Geheimsache.

Schnur, der wenig später den umgepolten DA in die rechte „Allianz für Deutsch-

* CDU-Politikerin Rita Süsmuth auf dem DA-Parteitag am 16. Dezember.

land“ einbringt, zum Spitzenkandidaten gewählt wird und sich im Lande schon als „der künftige Ministerpräsident“ vorstellt, fliegt Anfang März auf – Rostocker Bürgerrechtler entdecken seine umfangreiche IM-Akte.

Nach einem SPIEGEL-Bericht muss die Nummer eins der Pro-Kohl-Allianz am 14. März zurücktreten – auf Drängen des Adenauerhauses und nur vier Tage vor der letzten DDR-Wahl.

Ost-Berlin

Fröhlich nagen die CDU-Delegierten aus Sachsen und Thüringen an Lebkuchenherzen mit zuckersüßen Aufschriften wie „Wir sind ein Volk“ oder „Wiedervereinigung“.

Noch gestern, bei Beginn des Sonderparteitags der Ost-CDU im Berliner „Kosmos“-Kino, haben die Rechtsausleger aus dem Süden gedroht, CSU-Ortsgruppen zu gründen, falls sich die einstige SED-Blockpartei nicht zu „klaren Aussagen zum gesamtdeutschen Staat und zum Markt“ durchringt.

Die Wünsche der Südlichter sind binnen Stunden in Erfüllung gegangen. Über Nacht ist die Partei des „christlichen Sozialismus“, deren einstiger Vorsitzender Gerald Götting in der Volkskammer stets brav mit den Kommunisten stimmte, auf Kohl-Kurs gegangen – Go West!

Konzipiert hat das Manöver der Bonner CDU-Generalsekretär (und spätere Verteidigungsminister) Volker Rühe. Die einstige Blockpartei, weiß der Polit-Stratege, ist erst dann als Bündnispartner brauchbar, wenn sie demonstrativ mit ihrer Vergangenheit gebrochen hat.

Dass seine beiden wichtigsten Helfer selbst Männer mit Vergangenheit sind, kann Rühe zu diesem Zeitpunkt kaum ahnen.

Vergleichsweise vorsichtig setzt sich Ost-CDU-Chef Lothar de Maizière, 49, auf dem Parteitag vom SED-Staat ab – vielleicht ein Ausdruck von Scham: Der zierliche Musiker, Anwalt und Kirchensynodale ist von der Stasi jahrelang als „IM Czerny“ geführt worden.

Forsch dagegen tritt Martin Kirchner auf: „Marktwirtschaft jetzt sofort, ohne Wenn und Aber.“ Der Eisenacher Oberkirchenrat, ein dynamischer Vierziger mit roter Brille, wird neuer Generalsekretär – auf Empfehlung Rühes, der ihn vor dem Parteitag auf seine schwarze Seele geprüft hat.

Rechtzeitig vor der Wahl soll Kirchner nun als Vertrauensmann der Bonner Parteizentrale „den Laden ausmisten“ – von

Korruptierten und „von uns Linken“, wie ein Pastor fürchtet.

Im Umgang mit linken Pfarrern kennt sich Rühes neuer Spezi aus.

Von 1970 an hat die Abteilung XX der Stasi-Bezirksverwaltung Gera den Oberkirchenrat für Spitzeldienste eingesetzt; im Laufe der Jahre stieg der Judaslohn, den

Die Bürgerrechtler mögen dem Hinweis ebenso wenig nachgehen wie dem Tipp, Schnur sei Stasi-Mann gewesen; beide Schreiben werden als gezielte Desinformation abgetan.

So dauert es denn noch elf Monate, bis de Maizières IM-Vergangenheit publik wird. Vorher darf er noch 174 Tage lang als letzter Ministerpräsident die konkursreife DDR regieren.

Adlatus Kirchner wird knapp ein Jahr nach dem Sonderparteitag, im August 1990, von seinem Amt als CDU-Generalsekretär suspendiert, nachdem sich Aussagen eines hochrangigen Stasi-Überläufers gegenüber dem hessischen Verfassungsschutz erhärtet haben.

In der Abschlusssitzung des Ost-Berliner CDU-Wendeparteitags findet der frisch gewählte Generalsekretär zum Thema Schuld und Sühne eine Formel, die so ganz den Geschmack der alten Blockflöten im Plenum trifft: „Täter und Opfer“.

predigt der gefallene Oberkirchenrat, seien in der DDR „Opfer und Täter zugleich“ gewesen.



DDR-CDU-Vorsitzender de Maizière 1989: Go West!

der Gottesmann allmonatlich als Zubrot von der Stasi bezog, von 300 über 1000 auf 1500 Mark. Zuletzt war er als „IME Hesselbarth“ der Geheimpolizei zu Diensten.

Ob durch die Dynamik der Wende, ob eher durch die Zuwendung aus Bonn – „Hesselbarth“ wie „Czerny“ scheinen in diesen Tagen dem SED-Staat aus dem Ruder zu laufen, zum Ärger der alten Stasi-Seilschaften im Amt für Nationale Sicherheit.

Am 28. November ist an de Maizières Widerstand der „Demokratische Block“ geplatzt, mit dem die SED jahrzehntelang ihre Satelliten gleichgeschaltet hatte. Am 1. Dezember rügte die Abteilung XX/4 der Bezirksverwaltung Berlin in einer geheimen „Information“, de Maizière entwickle ein „völlig unklares Verhältnis zum Sicherheitsorgan“.

Am 10. Januar, bald nachdem die Ost-CDU auf Kohl-Kurs gegangen ist, wird beim Runden Tisch ein weiteres anonymes Schreiben eintreffen:

Mir ist bekannt, dass nach jeder bedeutenden kirchlichen Tagung bzw. Zusammenkunft von oppositionellen Gruppen, an der Rechtsanwalt de Maizière teilnahm, sofort ein konspiratives Treffen zwischen Major Hasse und „Czerny“ stattfand. Der am nächsten Tag gefertigte Treffbericht wurde per persönlichem Kurier ins Ministerium in der Normannenstraße gebracht.

Kaum jemand außerhalb der Stasi kann zu diesem Zeitpunkt wissen, dass de Maizière jahrelang unter dem Decknamen „Czerny“ geführt worden ist.

Sonntag, 17. Dezember 1989 Potsdam

Dass im Gotteshaus geklatscht wird, ist nicht alltäglich, auch nicht in der ehrwürdigen Nikolaikirche zu Potsdam.

Als Bundespräsident Richard von Weizsäcker, zum dritten Advent auf Privatbesuch in der DDR, den Schinkelbau betritt, um das traditionelle Weihnachtssingen zu erleben, erheben sich die tausend Gläubigen und brechen in stürmischen Beifall aus.

„Macht hoch die Tür, das Tor macht weit“, singen die Chöre. Weizsäcker, in einer Kirchenbank mit Modrow und Gierlach, lauscht den Worten von Pfarrer Dietmar Beuchel. Die Wende, behauptet der Geistliche, sei ein „Wunder Gottes“.

Wie Deutschland wohl in zehn Jahren aussehen wird? Demoskopien haben zum Wochenende die Erwartungen der Bundesbürger erhoben. Ergebnis: Zwei von drei Westdeutschen rechnen damit, dass es an der Schwelle zum neuen Jahrtausend entweder weiterhin zwei unabhängige Staaten oder aber eine Konföderation geben wird.

Nur 34 Prozent glauben daran, dass die Deutschen Weihnachten 1999 in einem gemeinsamen Staat feiern werden.

Jochen Bölsche;
Hans-Joachim Noack, Norbert F. Pötzl,
Alexander Smolczyk